

VPOD: Schluss mit der Sparhysterie!

Der VPOD fordert ein Ende der kontraproduktiven Sparerei, dafür Investitionen in den Service public und 2 bis 3 Prozent mehr Lohn für alle. Dank Milliarden-Überschüssen bei Bund, Kantonen und Gemeinden ist der nötige Spielraum vorhanden!

Für den Service public gelten andere Spielregeln. Die Anstellungsverhältnisse sind im öffentlichen Recht geregelt, ausgehandelt durch Sozialpartnerschaft und Politik. Somit präsentiert sich die Situation beim Bund, in den einzelnen Kantonen, Städten und Gemeinden je anders. Das heisst aber auch, dass die Forderungen vor Ort unterschiedlich sind. Dennoch gibt es Gemeinsamkeiten.

- Der VPOD verlangt:
Schluss mit dem Dauerangriff auf den Service public und mit der kontraproduktiven Sparerei! Gerade in Krisenzeiten – speziell angesichts der jetzigen Überbewertung des Frankens - bewirken Investitionen in den öffentlichen Dienst eine Stärkung der Inlandnachfrage. Zudem wird die Qualität der Leistungen zugunsten der Bevölkerung gesichert.
- Eine generelle Lohnerhöhung von mindestens 2 bis 3 Prozent für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - nicht nur für einige wenige via Beförderung. Es besteht grosser Nachholbedarf; gleichzeitig ist der nötige Spielraum vorhanden, denn Bund, Kantone und Gemeinden werden im laufenden Jahr Milliarden-Überschüsse ausweisen.
- Beibehaltung der Mechanismen der Lohnsysteme wie automatischer Stufenanstieg und Teuerungsausgleich und damit kein individualisierender Leistungslohn, der nicht leistungssteigernd ist und nur Missgunst sät.
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen: Stressabbau, Einhaltung der Ruhezeiten, Bezahlung der Überzeit, Wertschätzung. Und genügend qualifiziertes Personal.

Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin VPOD, Nationalrätin Grüne.

VPOD-Magazin, September 2011.

VPOD Schweiz > Lohnerhöhungen. September 2011.doc.